



Armin Schuster

im Deutschen Bundestag
für den Wahlkreis

Lörrach-Müllheim



CDU

Bericht aus Berlin

Nr. 26 vom 28. Oktober 2011

DIESE WOCHE AKTUELL

EU-Gipfel

Merkel führt Europa

Die Staats- und Regierungschef haben sich in dieser Woche in Brüssel auf weitere Maßnahmen zur EU-Schuldenkrise geeinigt. Dabei konnte sich Bundeskanzlerin Merkel in zentralen Punkten durchsetzen:

1. Die nationalen Pflichten aller Euro-Länder zur Haushaltsdisziplin verschärfen sich, alle müssen die Schuldenbremse in ihre Verfassungen aufnehmen. Italien und Spanien wurden zu besonderen Anstrengungen verpflichtet.
2. Die Banken haben einem Schuldenschnitt von 50 Prozent für Griechenland zugestimmt. Den Verlust tragen weitgehend die Banken. Das ist aktiver Schutz der Steuerzahler.
3. Der Rettungsschirm EFSF wird durch den Hebel ertüchtigt, das Ausleihvolumen vervierfacht sich. Ein Schuldenschnitt ohne diesen Schutzwall wäre nicht möglich gewesen.
4. Durch die Eigenkapitalerhöhung auf neun Prozent bei relevanten Banken wird die Widerstandskraft in Krisen erhöht. Für deutsche Banken sind das sechs Milliarden, insgesamt EU-weit 106 Milliarden Euro mehr Eigenkapital.
5. Die EU-Verträge sollen weiterentwickelt werden, damit die Europäische Union zur „Stabilitätsunion“ werden kann. Schärfere Sanktionen für Defizitsünder und eine europäische Wirtschaftsregierung rücken näher.

Zuvor hatte der Bundestag Merkel im Rahmen einer namentlichen Abstimmung deutliche Zustimmung und ein klares Verhandlungsmandat für den EU-Gipfel mitgegeben.

Herbstwanderung mit der CDU Zelle



Bei schönstem Herbstwetter wanderten rund 25 Freunde der CDU Zelle zum Pfaffenberg.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Kunst der vergangenen 18 Monate bestand darin, mit kurzfristigem Krisenmanagement Griechenland zu retten, mit einem mittelfristigen Konzept einen Flächenbrand abzuwehren (5 Punkte) und die Europäische Union langfristig den neuen Realitäten anzupassen. Die überwiegende Mehrheit der Euro-Staaten lehnte diesen Merkel-/Schäuble-Plan in der Vergangenheit aus unterschiedlichen Gründen immer wieder ab.

Eine allein stehende Lösung wie der allseits proklamierte Schuldenschnitt konnte nie der Königsweg sein, sondern nur dieses Mehr-Punkte-Konzept dämpft alle bekannten Risiken. Eine unbedachte Aussage, und unsere Euro-Nachbarn, die Ratingagentur oder die Bankenwelt standen Kopf. Daher musste man wieder viel Vertrauen in die Kanzlerin haben, man durfte sie wieder mal nicht unterschätzen. Im Ergebnis hat wohl selten ein deutscher Kanzler Europa so geführt.

Der nächste Schritt ist jetzt die konsequente Weiterentwicklung der Lissaboner Verträge. Es darf bei Verletzung der Stabilitätskriterien kein Pardon mehr geben. Ich hoffe, die Bürger verstehen deshalb um so mehr unsere Sparanstrengungen für die Einhaltung der Schuldenbremse im Bundeshaushalt.

Mit freundlichen Grüßen
Armin Schuster

Armin Schuster, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus - Raum: 1 634

Telefon +49 30 227-71005

Fax +49 30 227-76606

Mail: armin.schuster@bundestag.de

Internet: <http://www.armin-schuster.eu>

Bundeswehrstandorte Müllheim und Todtnau bleiben erhalten

Angesichts der tiefgreifenden Reform der Bundeswehr mit scharfen Einschnitten bei Personal, Material und Standorten könnten die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Lörrach zufrieden sein. Der Bundestagsabgeordnete Schuster betont: „Aus persönlichen Gesprächen mit dem Minister war ich über den Fortgang der Planungen informiert. Bereits früh zeichnete sich ab, dass der Standort der Deutsch-Französischen Brigade unverrückbar ist.“ In Müllheim gibt es fast keine Änderungen. Die Dienstposten verringern sich nur geringfügig von 910 auf 890.

Besonders erfreut zeigte sich Schuster über den Erhalt des Standortes Todtnau-Fahl. Zwar halbiere sich die Anzahl der Dienstposten auf nunmehr 50. Der Erhalt der Sportfördergruppe sei aber ein wichtiges Signal für die Region. „Bei Fahl hätte das Verteidigungsministerium auch zu ganz anderen Entscheidungen kommen können. Ich bin daher froh über dieses klare Standortbekenntnis.“ Die Spitzensportler der Sportfördergruppe fänden auf den Hochlagen des Schwarzwaldes ideale Bedingungen vor. „Die Förderung des Spitzensports wird auch zukünftig auf den Breitensport und den Tourismus positiv ausstrahlen. Die Fahler Sportsoldatinnen und -soldaten machen durch ihren Einsatz Werbung für die gesamte Region Südschwarzwald“, so Schuster.

50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei

Deutschland begeht in diesem Jahr das 50. Jubiläum des Anwerbeabkommens mit der Türkei. Infolge des Abkommens leben heute etwa drei Millionen Menschen türkischer Herkunft in Deutschland. Knapp die Hälfte besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Was als Aufenthalt auf Zeit gedacht war, wurde für viele Menschen ein Bleiben für immer. Die Zugewanderten und ihre Familien sind Teil unserer Gesellschaft geworden und haben zum Wohlstand unseres Landes beigetragen. Allerdings wurden auch lange die Herausforderungen nicht richtig erkannt, die sich mit Integration verbinden. Fehlentwicklungen, wie hohe Arbeitslosigkeit unter den nachfolgenden Generationen, mangelnde Teilhabe an den Bildungsmöglichkeiten und hohe soziale Segregation in den Städten, wurde nicht entgegengewirkt.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat deshalb mit dem Zuwanderungsgesetz im Jahr 2005 einen Perspektivwechsel eingeleitet. Heute herrscht Einigkeit darüber, dass bestimmte Normen eingehalten werden müssen, damit das Miteinander der Kulturen gelingt. Das Prinzip des Förderns und Forderns wurde verankert und gezielte Fördermaßnahmen, insbesondere beim Spracherwerb, etabliert.



Beim Kreispartei-tag der CDU Lörrach begrüßte Armin Schuster stellvertretend für den erkrankten Ulrich Lusche die Anwesenden.

+++ Fakten +++ Argumente +++ Zitate+++

Rede zu Online-Durchsuchungen

In der heutigen Debatte zur Befugnis des Bundeskriminalamts, verdeckte Online-Durchsuchungen vorzunehmen, hat Armin Schuster [eine Rede](#) gehalten.

Thema Wirtschaftsspionage



Diese Woche führte Armin Schuster unter anderem ein Gespräch mit Dr. Berthold Stoppelkamp von der Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit in der Wirtschaft e.V. zu Wirtschaftsspionage.

Kommunen werden entlastet

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, das wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag verabschiedet haben, übernimmt der Bund schrittweise die Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Insbesondere jene Städte, Kreise und Gemeinden werden dauerhaft entlastet, die durch hohe Sozialausgaben unter besonders drängenden finanziellen Problemen leiden. Konkret sparen die Kommunen allein bis zum Jahr 2015 Kosten in Höhe von 12,2 Milliarden Euro. Ab 2014 werden die Grundsicherungskosten vollständig vom Bund getragen. Daraus ergibt sich eine jährliche Entlastung von voraussichtlich rund vier Milliarden Euro. Mit unserer Entscheidung haben wir einen falschen Beschluss von Rot-Grün aus dem Jahr 2003 korrigiert. Damals war die Altersgrundsicherung ohne Ausgleich auf die Kommunen übertragen worden.

Deutschland ist beliebtes Reiseziel

Deutschland wird bei Urlaubern aus aller Welt als Reiseziel immer attraktiver. So war nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes von Januar bis August ein Zuwachs bei den ausländischen Besuchern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von sechs Prozent zu verzeichnen. Insgesamt wurden mit 43,5 Millionen Übernachtungen ausländischer Gäste 2,3 Millionen mehr Übernachtungen als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres registriert.